

Antrag Nr. 24-F-16-0004

BLW/ULW/BIG

Betreff:

Überprüfung der Geschäftsbeziehungen zwischen der Stadt Wiesbaden und dem Unternehmen Heidelberg Materials
- Antrag der Fraktion BLW/ULG/BIG vom 14.03.2024 -

Antragstext:

Angesichts der Bedeutung ethischer und nachhaltiger Geschäftspraktiken sowie der Einhaltung des Völkerrechts ist es von großer Wichtigkeit, die Geschäftsbeziehungen zwischen der Stadtverwaltung Wiesbaden und Unternehmen, die möglicherweise in Kontroversen verwickelt sind, zu überprüfen.

Heidelberg Materials (ehemals HeidelbergCement AG), ein international tätiges Unternehmen, auch in Ländern mit bedenklicher Menschenrechtssituation, erfordert eine gründliche Prüfung seiner Geschäftsverbindungen zur Stadt Wiesbaden. Insbesondere die Aktivitäten der Tochtergesellschaft Hanson Israel, die einen Steinbruch im Westjordanland betreibt – einem Gebiet, das nach einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes vom 04.01.2024 völkerrechtswidrig von Israel besetzt ist –, stehen in Konflikt mit dem internationalen humanitären Recht, wie etwa der UN-Resolution 2334.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Gibt es aktuell Geschäftsbeziehungen oder abgeschlossene Projekte zwischen der Stadt Wiesbaden und der Firma Heidelberg Materials oder ihren Tochterunternehmen?
2. Wurde Heidelberg Materials im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen der Stadt Wiesbaden mit Bau- oder Lieferaufträgen betraut?
3. Welche Richtlinien und Überprüfungsmechanismen hat die Stadt Wiesbaden etabliert, um sicherzustellen, dass ihre Geschäftspartner, wie z.B. Heidelberg Materials, ethische Standards und das Völkerrecht achten?
4. Wie geht die Landeshauptstadt Wiesbaden in diesem Zusammenhang generell mit der Umsetzung des Lieferkettengesetzes um, das am 1. Januar 2023 in Kraft getreten ist.

Wiesbaden, 13.03.2024

Faissal Wardak
Stellv. Fraktionsvorsitzender